

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit fast schon traditioneller Verspätung, aber noch rechtzeitig vor der parlamentarischen Sommerpause haben sich die EU-Mitgliedsländer am 24. Juli auf das 21. Sanktionspaket verständigen können. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören umfangreiche Finanzsanktionen gegen über einhundert Banken und Krypto-Anbieter. Die automatische Anpassung des Preisdeckels für Rohöl wurde bis zum 15. Juli 2027 ausgesetzt. Russisches Rohöl kann damit maximal zu einem Preis von 44,10 US-Dollar pro Barrel legal gehandelt werden. Weitere 41 Schiffe der russischen Schattenflotte sowie mehrere Ölraffinerien in Russland und Belarus wurden sanktioniert. Auch Unternehmen aus Drittländern wurden wegen der Umgehung von Russland-Sanktionen gelistet. Die Regierung in Peking reagierte inzwischen auf die Sanktionierung von 14 chinesischen Unternehmen mit Gegenmaßnahmen gegen 14 europäische Firmen, darunter auch drei deutsche.

Insgesamt bezieht sich das EU-Sanktionspaket nach Angaben aus Brüssel auf 48 Personen und 170 Organisationen. Hinzu kommen Ausfuhrverbote für weitere Güter und Technologien, die von der russischen Rüstungsindustrie genutzt werden und Einfuhrverbote für weitere russische Rohstoffe, Glaswaren und Autoteile. Um eine Einigung mit allen EU-Mitgliedsländern zu erzielen, musste die EU-Kommission jedoch erhebliche Zugeständnisse machen. Die Details zeichnen wir in diesem Sanktions-Update nach. An diesem Freitag (31.7.) bieten die Bundesministerien ein Briefing zum neuen Sanktionspaket an (siehe Termine). Anmeldeschluss ist Mittwochmittag!

Weitere Themen im Update sind Beratungen in den USA zu einem Sanktionsgesetz in Erinnerung an den verstorbenen US-Senator Lindsey Graham sowie die Treibstoffmangellage in Russland.

Wir freuen uns über Ihre Hinweise und Anregungen und wünschen Ihnen eine erholsame Sommerzeit!

Ihre Redaktion

OA-Update 2026/07
Stand: 27. Juli 2026

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Neuer Ort – gleiche Mission:

Ost-Ausschuss-Geschäftsstelle zieht ins Haus der Deutschen Wirtschaft

Seit dem 7. Juli 2026 finden Sie den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft im Haus der Deutschen Wirtschaft in der Breiten Straße 29, in 10178 Berlin-Mitte. (Bitte beachten Sie, dass es in Berlin mehrere Breite Straßen gibt!)

Vom Haus der Deutschen Wirtschaft aus und damit jetzt in unmittelbarer Nachbarschaft von BDI und DIHK arbeiten wir weiter daran, unsere internationalen Wirtschaftsbeziehungen im Dialog mit Politik und unseren Partnern zu stärken und deutsche Unternehmen bei ihrem Engagement in 29 Ländern in Osteuropa, Mitteleuropa, Südosteuropa, dem Südkaukasus und Zentralasien zu unterstützen.

Wir freuen uns darauf, Sie an unserem neuen Standort willkommen zu heißen!

[Kontakt und Anfahrt | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

2. Deutschland

Wegen EU-Russlandsanktionen: China verhängt Exportkontrollen gegen deutsche Unternehmen

China hat als Reaktion auf die jüngste Sanktionsrunde der Europäischen Union gegen Russland Exportkontrollen gegen 14 europäische Unternehmen verhängt. Unter den betroffenen Firmen befinden sich mit dem Rüstungskonzern Rheinmetall, der Antraco Chemie-Handelsgesellschaft aus Duisburg und dem Beschichtungsspezialisten Sindlhauser Materials aus Kempten auch drei deutsche Unternehmen. Dies berichten untere anderen das Handelsblatt und die Deutsche Presse-Agentur.

Das chinesische Handelsministerium begründete die Maßnahme damit, dass die Europäische Union im Rahmen ihres 21. Sanktionspakets gegen Russland auch 14 chinesische Unternehmen sowie Firmen aus der Sonderverwaltungsregion Hongkong auf ihre Sanktionsliste gesetzt habe. Nach Angaben Pekings dienen die neuen Exportkontrollen dem Schutz der nationalen Sicherheit und der nationalen Interessen Chinas.

Den betroffenen europäischen Unternehmen dürfen künftig keine sogenannten Dual-Use-Güter mehr aus China geliefert werden. Dabei handelt es sich um Waren und Technologien, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können. Darüber hinaus dürfen auch ausländische Organisationen oder Personen den gelisteten Unternehmen keine entsprechenden Güter chinesischen Ursprungs zur Verfügung stellen. Für Lieferungen ist künftig eine Sondergenehmigung des chinesischen Handelsministeriums erforderlich.

Neben den drei deutschen Unternehmen wurden auch Firmen aus Italien, Frankreich, Polen, den Niederlanden und weiteren EU-Staaten auf die chinesische Exportkontrollliste gesetzt. Die Maßnahmen traten unmittelbar nach ihrer Bekanntgabe in Kraft. Besondere Aufmerksamkeit gilt den Folgen für Rheinmetall. Der Rüstungskonzern ist auf zahlreiche Rohstoffe und Vorprodukte angewiesen, die teilweise aus China stammen. Zu den von Peking als Dual-Use-Güter eingestuften Produkten zählen auch Seltene Erden, die in verschiedenen Industrie- und Rüstungsanwendungen eingesetzt werden.

Rheinmetall hat in den vergangenen Jahren seine Lieferketten nach eigenen Angaben jedoch zunehmend diversifiziert. Demnach verfügt der Konzern bei Seltenen Erden über Vorräte für mehrere Jahre. Gleichzeitig arbeite Rheinmetall daran, die Abhängigkeit von außereuropäischen Lieferanten zu reduzieren.

Vor dem russischen Angriff auf die Ukraine bezog das Unternehmen größere Mengen Treibladungspulver für Munition aus China. Mit dem Anstieg der Nachfrage nach Munition infolge des Krieges entstanden Engpässe bei der Ausweitung der Produktion. Rheinmetall baut deshalb seine Produktionskapazitäten in Europa aus. In Aschau am Inn wurde kürzlich der Grundstein für ein neues Treibladungswerk gelegt. Weitere Anlagen befinden sich in Rumänien im Bau; ein weiteres Werk ist in Bulgarien geplant.

Die aktuellen Maßnahmen sind nicht die ersten chinesischen Exportbeschränkungen gegen deutsche Rüstungsunternehmen. Bereits im April hatte das chinesische Handelsministerium den deutschen Sensor- und Radarspezialisten Hensoldt auf eine entsprechende Exportkontrollliste gesetzt. Als Hintergrund gelten Lieferungen von Radartechnik an Taiwan. Die Europäische Kommission prüft nach eigenen Angaben gemeinsam mit den Mitgliedstaaten die Folgen für die betroffenen Unternehmen und werde anschließend Gespräche mit der chinesischen Seite führen, um die Einzelheiten der Exportkontrollen zu klären.

[Börsen-Tag: China sanktioniert Rheinmetall und 13 weitere Firmen - n-tv.de](#)

Zusammenarbeit mit Rosatom unter Auflagen genehmigt

Eine Fabrik in der Stadt darf nach einer Entscheidung des niedersächsischen Umweltministeriums künftig Brennelemente russischen Typs herstellen. Das französische Kernkraftunternehmen Advanced Nuclear Fuels GmbH (ANF) betreibt die Fabrik in Lingen. Es will sechseckige Brennelemente für Atomkraftwerke russischer Bauart produzieren. Dafür soll das Werk in Lingen erweitert und Technik des russischen Atomkonzerns TVEL verwendet werden, der zum Staatskonzern Rosatom gehört. Den entsprechenden Antrag hatte ANF bereits 2022 gestellt. Dies besonderen Brennelemente kommen derzeit in 19 sowjetischen Atomreaktoren (WWER-Reaktoren) in Ost- und Nordeuropa zum Einsatz. Bisher war dies ein Markt, den Rosatom über seine Tochter TVEL exklusiv bediente – und den nun Framatome mit ANF erobern möchte, wie Politico schreibt. Für die Produktion, so argumentiert Framatome, müsse es mit Rosatom kooperieren, um auf lange Sicht auf diesem Gebiet unabhängig von Russland zu werden und eine europäische Lösung anbieten zu können. Die Kooperation erfolgt dabei über ein gemeinsames Joint-Venture.

In Lingen sollen dabei nur Brennelemente für vier bestehende WWER-Reaktoren hergestellt werden. Die übrigen Brennelemente sollen in einem weiteren Werk in Romans-sur-Isère in Frankreich reproduziert werden.

Die Genehmigung des niedersächsischen Umweltministeriums erfolgte unter strengen Sicherheitsauflagen. Dazu gehört ein grundsätzliches Zutrittsverbot für Beschäftigte von TVEL und Rosatom. Russische Maschinen und Software müssen demnach extern überprüft und von der übrigen IT der Fabrik getrennt werden. Aus Russland gelieferte Brennstäbe sollen vollständig auf Manipulationen kontrolliert werden.

Die Grünen-Fraktionschefin im deutschen Bundestag Britta Haßelmann bezeichnete die Entscheidung, russische Atomgeschäfte trotz des Ukrainekriegs in Deutschland zu ermöglichen, laut einem Bericht des Spiegel als „unverantwortlich“. „Sie machen Deutschland und Europa abhängig, erpressbar und füllen Putins Kriegskassen.“ Auch der niedersächsische Umweltminister Christian Meyer (Grüne) kritisiert die Zusammenarbeit scharf. Abhängigkeiten von Russland müssten gerade im sensiblen Nuklearsektor verringert werden. Das Land habe den Antrag nach dem Atomgesetz jedoch nicht ablehnen können. Der Bund sei zum Ergebnis gekommen, dass keine ausreichenden Risiken durch mögliche Spionage oder Sabotage vorliegen.

Das Bundesumweltministerium, das nach eigenen Angaben ein Rechtsgutachten eingeholt hat, teilte ebenfalls mit, dass man die Kooperation mit einem russischen Staatskonzern vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs in der Ukraine kritisch sehe. Darum sei es bei der Entscheidung aber nicht gegangen. „Das geeignete Instrument, damit umzugehen, ist nicht das Atomrecht, sondern es wären EU-weite Sanktionen auch für den Nuklearbereich“, teilte das Ministerium laut einem Bericht des Norddeutschen Rundfunks mit. Bisher gebe es für EU-Sanktionen gegen den russischen Nuklearsektor keine Mehrheit unter den EU-Mitgliedstaaten. Deutschland setze sich jedoch weiter dafür ein.

Befürworter der Genehmigung weisen darauf hin, dass durch diese spezielle Brennelemente für Kernkraftwerke russischer Bauart in Europa gefertigt werden können. Dies helfe mittel- und osteuropäischen Staaten, ihre Abhängigkeit vom russischen Staatskonzern Rosatom für den laufenden Kraftwerksbetrieb zu beenden. Die Produktion unter Beteiligung von Framatome und ANF zielt darauf ab, die europäische Versorgungssicherheit zu gewährleisten und eine eigenständige, europäische Lösung für den Nuklearsektor anzubieten.

Nach Angaben des niedersächsischen Umweltministeriums hatte das Land ANF mehrfach um eine schriftliche Erklärung gebeten, wann die Produktion sechseckiger Brennelemente ohne russische Beteiligung möglich sein werde. Weder ANF noch Framatome sollen in ihrer Antwort jedoch eine Beendigung der Kooperation mit Russland im Rahmen des Joint Ventures zugesagt haben. Das Unternehmen habe „auch kein konkretes Datum genannt, bis wann die Produktion ohne Russland möglich sein soll“, erklärte das Ministerium. In Reaktion auf die Genehmigung des Projekts dürfte es nun eine Reihe von Klagen von Umweltverbänden geben, vermutet Politico.

[Niedersachsen genehmigt deutsch-französisches Atomprojekt in Lingen – POLITICO](#)

„Wissenschaftsfreiheit ist keine Spionagefreiheit“

Politiker von CDU und Grünen haben sich besorgt über einen Bericht des Handelsblatts über regelmäßige Treffen deutscher Drohnenforscher mit Wissenschaftlern aus China und Russland geäußert. „Angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der chinesischen Unterstützung Russlands halte ich es für grob fahrlässig, wenn deutsche Wissenschaftler zum Zweck des Wissenstransfers mit chinesischen und russischen Institutionen kooperieren“, sagte Unions-Fraktionsvize Norbert Röttgen (CDU) laut Handelsblatt. China und Russland würden längst nicht mehr zwischen Technologien trennen, die militärisch oder ausschließlich zivil genutzt werden können, sagte Röttgen weiter. In beiden Ländern werde jede zivile Technologie auch auf ihren militärischen Nutzen geprüft und entsprechend verwendet. „Daher ist jeder Wissensaustausch auch eine Unterstützung der russischen und chinesischen Rüstungsindustrie“, sagte Röttgen.

Hintergrund sind Recherchen des Handelsblatts, wonach Drohnenforscher der Technischen Universität München (TUM) regelmäßig an der internationalen Luft- und Raumfahrtkonferenz „Icasse“ mit Wissenschaftlern aus China und Russland teilnehmen. Dort geht es um Luft- und Raumfahrttechnologien mit erkennbarem Dual-Use-Potenzial. Diskutiert wurde demnach über Drohnen, autonome Flugsysteme, Satellitennavigation, Hyperschalltechnologien, Triebwerke und Künstliche Intelligenz. Die Veranstaltung wird von der TU München unterstützt.

Bundesforschungsministerin Dorothee Bär (CSU) wollte sich auf Handelsblatt-Anfrage nicht konkret zu dem Vorgang äußern. „Die Aktivitäten einzelner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden grundsätzlich nicht kommentiert“, sagte ein Ministeriumssprecher dem Handelsblatt. Er verwies auf jüngste Aussagen Bärs zum Thema Forschungssicherheit. „Wissenschaftsfreiheit bedeutet nicht Spionagefreiheit“, sagte demnach die Ministerin. Wissenschaftler hätten eine „besondere Verantwortung“. In der Zusammenarbeit mit autoritären Staaten müsse daher „im Spannungsfeld von angestrebtem Nutzen und potenziellen Risiken immer häufiger zugunsten der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland entschieden werden“, sagte Bär.

[Spionage: Politik warnt Forscher vor Hilfe für Russlands Rüstungsindustrie](#) (Paywall)

3. Europäische Union

Einigung nach langem Ringen - EU schwächt 21. Sanktionspaket ab

Die EU-Botschafter haben nach längeren Diskussionen am 23. Juli das 21. Sanktionspaket gegen Russland verabschiedet. Ursprünglich hatte die EU-Kommission ihre Vorschläge bereits am 9. Juni vorgestellt. Nach Ansicht von Beobachtern konnten sich die EU-Hauptstädte letztlich nur auf ein im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf deutlich abgeschwächtes Paket einigen. Es umfasst laut Pressemitteilung der EU-Kommission vor allem Wirtschaftssanktionen, die die Sektoren treffen, die den größten Einfluss auf die russische Wirtschaft und deren Fähigkeit haben, ihren Angriffskrieg gegen die Ukraine zu finanzieren und bestehe zudem aus der größten Anzahl an Einzelsanktionen seit 2022 – insgesamt 218, davon 48 Personen und 170 Organisationen. Damit steht diese Liste jetzt bei fast 3.000 Einzelnennungen.

„Unser 21. Paket umfasst die höchste Anzahl an Einträgen seit vier Jahren. Wir nehmen über hundert Banken und Krypto-Anbieter, mehr als 40 Schiffe der russischen Schattenflotte sowie mehrere Öltraffinerien in Russland und Weißrussland ins Visier. Darunter befinden sich mehr als 50 Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes, die maßgeblich an der Produktion der russischen Langstrecken-Drohnen beteiligt sind. Russland wird nur dann Verhandlungen zur Beendigung seines illegalen Krieges und zur Einstellung der Tötung von Zivilisten aufnehmen, wenn es dazu unter Druck gesetzt wird. Sanktionen verstärken diesen Druck“, heißt es in einer Mitteilung der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas.

Hier die wichtigsten Beschlüsse:

Finanzsanktionen:

- Das Vermögen von 94 Banken und großen Finanzinstituten sowie Assets einer wichtigen Persönlichkeit des russischen Bankensektors werden eingefroren.
- Für 33 weitere russische Kredit- und Finanzinstitute gilt ein Transaktionsverbot. Darüber hinaus wird ein Transaktionsverbot gegen eine kirgisische Bank verhängt, die von der EU ausgesprochenen Kooperationsverbote gegen das russische System für den Transfer von Finanznachrichten SPFS verstoßen hat. Auch drei weitere nicht-russische Banken werden für die Umgehung der Sanktionen bestraft.
- Zudem gibt es vier Einträge im Zusammenhang mit dem grenzüberschreitenden A7-Netzwerk, einschließlich seiner neuen Verbindungen nach Afrika.
- Die EU hat das Transaktionsverbot zudem auf 14 Plattformen für Krypto-Dienstleistungen mit Sitz in Georgien, Panama, den Vereinigten Arabischen Emiraten, den Marshallinseln, Kirgisistan und Belarus ausgeweitet. Zum ersten Mal greift die EU zu drastischen Maßnahmen im Kryptosektor, um Schlupflöcher bei der Umgehung bisheriger Finanzsanktionen konsequent zu schließen. Bislang nutzten russische Akteure vermehrt digitale Vermögenswerte und internationale

Krypto-Dienstleister, um Kapital an den westlichen Bankensperren vorbeizuschleusen. Dem setzt die EU nun ein neues Instrumentarium entgegen.

- Ferner führt die EU die Möglichkeit eines vollständigen Drittstaaten-Verbots für Krypto-Dienstleistungen ein. Dieses neue Instrument, das noch nicht in der Praxis angewendet wird, dient als Abschreckung für Länder, deren Jurisdiktionen systematisch zur Sanktionsumgehung genutzt werden. EU-Betreibern kann damit jegliche Transaktion zwischen einem EU-Betreiber und einem von Russland genutzten Krypto-Anbieter zu verbieten.
- Ergänzend haben die EU-Regierungen das Verbot für russische Staatsbürger erweitert, Krypto-Dienstleister zu besitzen, zu kontrollieren oder in deren Leitungsgremien tätig zu sein.

Energie, Infrastruktur, Metalle und Mineralien:

- Die automatische Anpassung des Mechanismus zur Begrenzung des Ölpreises wird bis zum 15. Juli 2027 ausgesetzt. Russisches Rohöl kann damit maximal zu einem Preis von 44,10 US-Dollar pro Barrel legal gehandelt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass die Gewinne Russlands aus Ölverkäufen trotz der außergewöhnlichen Marktsituation, die durch die Sperrung der Straße von Hormus verursacht wurde, begrenzt bleiben, erläuterte die Kommission.
- 41 weitere Schiffe der russischen Schattenflotte werden ins Visier genommen, während zudem acht Organisationen und eine Person, die für die Schattenflotte tätig ist, gelistet werden.
- Im Ölsektor werden zudem 18 Unternehmen und eine Person sanktioniert, darunter drei Raffinerien in Russland, eine große belarussische Ölraffinerie sowie ein Unternehmen, das zum Verkauf belarussischer Erdölprodukte in Russland gegründet wurde.
- Darüber hinaus schafft das 21. Sanktionspaket die Möglichkeit, Transaktionen mit gelisteten Raffinerien in Russland und in Drittländern zu verbieten, die russisches Rohöl und russische Erdölprodukte verarbeiten oder raffinieren. In diesem Rahmen verhängt die EU ein Transaktionsverbot – das in sechs Monaten in Kraft tritt – gegen eine georgische Raffinerie in Kulevi, die mit russischem Öl handelt und dieses verarbeitet.
- Das Transaktionsverbot wurde auf fünf Ölhändler, zwei russische Häfen und vier russische Flughäfen ausweitete. Ein wichtiger grenzüberschreitender Energieversorger und eine prominente Persönlichkeit der Russischen Eisenbahnen wurden zusätzlich gelistet.
- Das Maßnahmenpaket führt zudem eine Meldepflicht für den Verkauf von LNG-Tankern ein sowie die Möglichkeit, neue Beschränkungen für den Verkauf von LNG-Tankern an russische Staatsbürger und Unternehmen zu erlassen; ferner

werden weitere vertragliche Verpflichtungen eingeführt, um das Risiko eines Weiterverkaufs an Russland oder einer Nutzung in Russland zu mindern.

- Schließlich wurden sieben bedeutende Akteure im Goldsektor, eines der wichtigsten Diamantenunternehmen sowie mehrere im Bergbau- und Metallurgiesektor tätige Unternehmen benannt.

Militärisch-industrieller Komplex:

- Es wurden weitere 56 einzelne Sanktionen gegen Personen und Unternehmen beschlossen, darunter 37, die in direktem Zusammenhang mit Langstrecken-Drohnen stehen.
- 51 weitere Unternehmen, von denen einige in Drittländern ansässig sind (China, einschließlich Hongkong, Indien, Kasachstan, Kirgisistan, die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate), wurden in die Liste derjenigen aufgenommen, die strengeren Ausfuhrbeschränkungen für Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck unterliegen.

Rahmenregelung zum Einreiseverbot für Kriegsbeteiligte:

- Die EU schafft zumindest die Grundlage für ein Visumverbot für Kombattanten und ehemalige Kombattanten der russischen Streitkräfte sowie anderer Stellvertretergruppen, die am russischen Angriffskrieg in der Ukraine beteiligt sind. Über diesen Punkt war lange verhandelt worden, ein generelles Einreiseverbot für Kriegsbeteiligte war insbesondere von den Südländern abgelehnt worden, die ihre Tourismusindustrie schützen wollten. Der Rat will jetzt zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden, ob und wann das Verbot angewendet wird.

Handel:

- Die EU hat das Ausfuhrverbot auf Güter und Technologien ausgeweitet, die von der russischen Rüstungsindustrie genutzt werden, darunter Nickelpulver, Metalle und Legierungen, die in korrosionsbeständigen Beschichtungen für Strahltriebwerke verwendet werden; Berylliumpulver, das in Treibstoffen und in Hochleistungslegierungen zum Einsatz kommt; selbstklebende Folien, Bänder und Streifen, die in der Luft- und Raumfahrt sowie im Verteidigungssektor zum Einsatz kommen; luftfahrttechnische Güter speziell für unbemannte Luftfahrzeuge (UAVs), wie Bodenausrüstung, Stör- und Abhörsysteme, Startsysteme und Servomotoren sowie Flugabbruchsysteme für Drohnen und Raketen.
- Was die Einfuhren in die EU betrifft, zielen die Maßnahmen auf Waren ab, die für Russland erhebliche Einnahmen generieren (im Wert von über 60 Millionen Euro), wie beispielsweise Kupfererze, Nickelerze, Bleierze, Edelmetallerze, Zink in Rohform, Erdalkalimetalle, Zinkoxide, Chromoxide, Glaswaren, Kunstperlen und Autoteile. Ein lange diskutiertes Verbot von Fischimporten aus Russland wurde unter anderem von Deutschland abgelehnt.

Belarus-Sanktionen:

- Das Sanktionspaket umfasst zudem Maßnahmen gegen Belarus, die denen gegen Russland entsprechen sollen, insbesondere Handelsmaßnahmen (Importverbote für Waren, die für Belarus erhebliche Einnahmen generieren, sowie Exportbeschränkungen im Zusammenhang mit der Rüstungsindustrie) und Rechtsschutzmaßnahmen.

Russische Kriegspropaganda und Kriegsverbrechen:

- Die EU setzt acht Personen auf die Liste, die Russlands Kriegspropaganda verbreiten und zu dessen manipulativen Kriegsdarstellung in Bezug auf die Ukraine beitragen.
- Zudem wird ein russischer Generalmajor sanktioniert, der an Folter, Hinrichtungen und der Schändung von Leichen ukrainischer Militärangehöriger, darunter auch Kriegsgefangener, beteiligt war. Diese Listung erfolgt zusätzlich zu weiteren Einstufungen im Rahmen des bereits am 13. Juli verabschiedeten Menschenrechtsregimes gegen Russland.

Rechtlicher Schutz für EU-Unternehmen:

- Weitere Maßnahmen zielen darauf ab, den rechtlichen Schutz für EU-Unternehmen in Rechtsstreitigkeiten zu stärken, die sich aus den restriktiven Maßnahmen der EU ergeben, indem EU-Gerichte und Mitgliedstaaten die Möglichkeit erhalten, gerichtliche Entscheidungen, die im Rahmen von vor russischen Gerichten angestregten Verfahren ergangen sind, nicht anzuerkennen oder zu vollstrecken.

Pressemitteilung der EU-Kommission zum 21. Sanktionspaket:

[21st package of sanctions: EU hits Russian energy, financial services and crypto hard - Consilium](#)

Gesetzestexte zum 21. Sanktionspaket:

[Beschluss \(GASP\) 2026/1845 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

[Verordnung \(EU\) 2026/1844 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2026/1843 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Durchführung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2026/1817 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Beschluss \(GASP\) 2026/1847 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Änderung des Beschlusses 2012/642/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Verordnung \(EU\) 2026/1846 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Änderung der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Durchführungsbeschluss \(GASP\) 2026/1816 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Durchführung des Beschlusses 2012/642/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2026/1817 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Beschluss \(GASP\) 2026/1849 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Änderung des Beschlusses 2014/512/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[Verordnung \(EU\) 2026/1848 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[EU-Sanktionen gegen Russland: Erstmals trifft es den Kryptosektor direkt | heise online](#)

FAQ zum 21. Sanktionspaket (Stand 24. Juli 2026):

[QANDA_26_1686_EN.pdf](#)

Ursprüngliches Paket wurde deutlich abgeschwächt: Hintergründe zu den neuen Sanktionsbeschlüssen

Nach langem Tauziehen gelang erst am 24. Juli die Einigung auf das 21. Sanktionspaket der EU gegen Russland. In den Medien waren deshalb bereits Spekulationen aufgetaucht sei trotz der neuen ungarischen Regierung gar nicht mehr in der Lage, signifikante Sanktionen zu beschließen. Dies ist objektiv gesehen nun nicht der Fall. Das Paket hat durchaus einen größeren Umfang.

Die EU-Regierungen hatten sich bei den Gesprächen in Brüssel beeilt, eine Einigung auf das neue Paket zu finden, bevor die Aussetzung der G7-Ölpreisobergrenze am 23. Juli ausgelaufen wäre. Ohne eine Einigung drohte die Obergrenze automatisch auf 58 Dollar pro Barrel anzusteigen – über das derzeitige Niveau von 44 Dollar hinaus –, was dem Kreml möglicherweise einen unerwarteten Gewinn beschern würde, da Russland dadurch mehr an seinen Ölexporten verdienen könnte. „Zu einem Zeitpunkt, an dem die Ukraine militärisch an Schwung gewonnen hat, schwächen unsere Sanktionen weiterhin die wirtschaftlichen Grundlagen der russischen Kriegsanstrengungen“, wird Ursula von der Leyen, die Präsidentin der Europäischen Kommission, von Euractiv zitiert. Das einjährige Einfrieren der Preisobergrenze für Öl würde sicherstellen, dass „die russische Kriegsmaschinerie nicht von Marktschocks profitiert“, fügte sie hinzu.

Keine Einigung wurde in den folgenden Punkten erzielt:

LNG-Transporte in Drittländer

Bis zuletzt verhinderte Griechenland mit Blick auf seine Schifffahrtsindustrie Sanktionen gegen LNG-Transporte durch EU-Anbieter in Drittländer. Dies ermöglicht beispielsweise dem griechischen LNG-Transportunternehmen Dynagas weiterhin russisches Flüssigerdgas in Nicht-EU-Länder zu transportieren. Die griechische Regierung lehnte laut Politico einen früheren Kompromiss ab, wonach europäische Gastanker nur noch bis Januar 2029 russisches Flüssigerdgas in Drittländer exportieren dürften. Diese Fassung sah zudem eine Obergrenze für russische Exporte vor und verbot neue Verträge. Athen habe stattdessen auf eine unbefristete Ausnahmeregelung gedrängt, sagten Politico drei an den Gesprächen beteiligte EU-Diplomaten. Die Ständige Vertretung Griechenlands bei der EU lehnte eine Stellungnahme ab.

Die griechische Reederei Dynagas ist eine der wenigen, die eisgängige Schiffe betreibt, die den russischen LNG-Terminal am Arktischen Ozean erreichen können. Sollte die EU ihren Unternehmen den Export von russischem Gas verbieten, so argumentiert die griechische Regierung, würden die Schiffe einfach anderswo registriert werden, was die Kontrollmöglichkeiten der EU einschränken würde.

Die griechische Handelsflotte mit mehr als 5.000 Schiffen befördert gewichtsmäßig rund ein Fünftel der weltweiten Fracht – mehr als jedes andere Land. Gemessen an der Kapazität verfügt sie über die weltweit größte LNG-Flotte. Mit einem Verbot, so die Argumentation aus Athen, würde man Russland nicht schaden, sehr wohl aber der europäischen Wirtschaft. Es bleibt damit bei einer Ausnahme für Verträge von europäischen Unternehmen mit russischen, die vor Beginn des russischen Angriffskriegs 2022 geschlossen wurden. Diese Regelung wollen die EU-Staaten jedes Jahr erneut überprüfen.

Einreiseverbote

Abgeschwächt wurde auch ein Vorstoß der baltischen Staaten, russischen Soldaten die Einreise in die Union zu verbieten, nach Widerstand seitens Frankreichs, Italiens und Griechenlands stark abgeschwächt, wodurch der Anwendungsbereich auf Visa für Kurzaufenthalte eingeschränkt und die Kriterien von einer allgemeinen Teilnahme am

Krieg auf eine direkte Beteiligung an Kampfhandlungen oder militärischen Operationen begrenzt wurden. Ob und wann der neue Mechanismus überhaupt in Kraft tritt, blieb offen.

Die genannten Länder profitieren stark von Touristen aus Russland und wollten dieses Geschäft nicht gefährden. Die Länder argumentierten, dass das Problem eher über die Visumpolitik als durch Sanktionen gelöst werden sollte. Sie warnten zudem, dass eine solche Maßnahme praktische Schwierigkeiten für Länder mit sich bringen könnte, die eine große Anzahl russischer Visumanträge bearbeiten.

Der ursprüngliche Vorschlag war deutlich weiter gefasst und betraf jeden, der in den russischen Streitkräften gedient hatte, auch in administrativen oder logistischen Funktionen. Der überarbeitete Entwurf hebt zudem die Vermutung auf, dass Visumantragsteller am Krieg teilgenommen haben, sofern sie nicht das Gegenteil beweisen können.

Nach dem ursprünglichen Vorschlag hätte die einzige Ausnahme die Erteilung von Visa an Antragsteller erlaubt, die nachweisen konnten, dass sie aus den russischen Streitkräften desertiert sind oder sich gegen Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine gestellt haben. Die neueste Fassung erlaubt zudem die Einreise oder den Transit aus humanitären Gründen, aus Gründen des nationalen Interesses oder zur Erfüllung internationaler Verpflichtungen.

In solchen Ausnahmefällen wäre das Visum nur für das Hoheitsgebiet des EU-Mitgliedstaats gültig, der es ausgestellt hat, was bedeutet, dass der Inhaber ohne die Zustimmung dieses Landes nicht in einen anderen Mitgliedstaat reisen könnte.

Österreich wünschte sich Zugriff auf russisches Vermögen

Die Verhandlungen hatten sich auch deshalb verzögert, weil Österreich darauf pochte, dass der Raiffeisen Bank International der Zugriff auf eingefrorene russische Vermögenswerte gestattet werden müsse, um Verluste aus Rechtsansprüchen in Russland auszugleichen. Die Raiffeisen Bank fordert seit langem eine Entschädigung für die ihrer Ansicht nach rechtswidrige Enteignung ihrer Vermögenswerte in Russland in Höhe von 2,44 Milliarden Euro durch die Übertragung eingefrorener Gelder, die einem der führenden Oligarchen Moskaus gehörten. Das Thema wurde schließlich in eine Erwägung im Rechtstext verlagert, wobei sich die Mitgliedstaaten darauf einigten, es zu einem späteren Zeitpunkt erneut zu erörtern.

Unabhängig davon versucht Raiffeisen Bank International die Summe samt Zinsen nun einzuklagen. Ein Urteil in Russland macht dies überraschend möglich, wie der österreichische Standard berichtet. RBI kündigt an, in Wien eine Schadenersatzklage in Milliardenhöhe gegen die russische Gesellschaft Rasperia einzubringen. Konkret werden 3,15 Milliarden Euro geltend gemacht. Hintergrund ist, dass die Rasperia Anteile am österreichischen Baukonzern Strabag hält, immerhin 24,1 Prozent. Diese Anteile wurden allerdings aufgrund der EU-Sanktionen eingefroren.

Um sich für das Einfrieren zu entschädigen, holte sich die Rasperia, einst im Einfluss des Oligarchen Oleg Deripaska, ihr entgangenes Geld bei der russischen Tochter der Raiffeisenbank in Moskau zurück – mit gerichtlicher Hilfe: Die RBI-Tochter wurde in Russland zu einer Milliardenzahlung verurteilt. Argumentiert wurde dies damit, dass

Raiffeisen und Strabag über gesellschaftsrechtliche Beziehungen miteinander verbunden sind. Kürzlich gab es zu dem Fall eine neuerliche Gerichtsentscheidung in Russland: Demnach wird der RBI nun erlaubt, einen Schaden von bis zu 2,8 Milliarden Euro in Österreich einzuklagen.

Auch russischer Fisch wird ausgeklammert

Angesichts des Widerstands von Deutschland, Polen und Portugal schwächten die Länder zudem Pläne ab, russische Fischimporte schrittweise einzustellen. Moskau nimmt nach wie vor mehr als eine halbe Milliarde Dollar pro Jahr durch Verkäufe von Fisch an die EU ein. Der ursprüngliche Vorschlag hätte ein Einfuhrverbot für Kabeljau, Schellfisch und Pollack vorgesehen. Er wurde fallen gelassen, nachdem mehrere Länder Bedenken hinsichtlich der Verbraucherpreise und der Auswirkungen auf die Fischverarbeitungsindustrie der EU geäußert hatten. Teile der Lebensmittelindustrie warnten vor Produktionseinschränkungen und höheren Kosten, falls russischer Seelachs mit Sanktionen belegt würde. Eine vierstellige Zahl an Arbeitsplätzen rund um Fischstäbchen, Schlemmerfilets und andere Tiefkühlprodukte sei allein in Norddeutschland in Gefahr, warnten Produzenten.

Weiterhin keine Sanktionen gegen Patriarch Kirill

Bulgarien blockierte zudem die seit langer Zeit andauernden Bemühungen, Sanktionen gegen Patriarch Kirill, das Oberhaupt der Moskauer Orthodoxen Kirche und mutmaßlicher Ex-KGB-Mitarbeiter, zu verhängen, und sorgte erneut dafür, dass er von der Sanktionsliste gestrichen wurde. Auch Italien legte einen formellen Vorbehalt ein, wobei ein fünfter EU-Diplomat erklärte, der Vatikan lehne es ab, das Oberhaupt einer anderen Kirche ins Visier zu nehmen. „Das ist päpstliche Solidarität“, sagte der Diplomat gegenüber Politico. Kirill wird im endgültigen Text nicht erwähnt.

Trotz der Zugeständnisse werden im Rahmen des Pakets nach Angaben von Euractiv weiterhin rund 220 weitere Personen und Organisationen auf die Sanktionsliste gesetzt.

Keine Sanktionen gegen Felle

Wie Euractiv berichtet, hat die EU-Kommission zudem eine Kehrtwende bei Sanktionen gegen die Einfuhr von russischen Zobelfellen vollzogen. Die neue Ausnahmeregelung erfolgte auf Antrag Italiens und Griechenlands, nur drei Monate nachdem die EU ihr erstes pauschales Einfuhrverbot für russische Pelze verhängt hatte. „Anscheinend ist es sehr schwierig, diese Pelze anderswo zu beschaffen“, erklärte dazu ein hochrangiger EU-Beamter gegenüber Euractiv. Italienische und griechische Unternehmen zählen zu den größten Importeuren dieser Luxuspelze. Die angeschlagene europäische Pelzindustrie habe sich hier mit ihren Bedenken durchsetzen können. Mäntel aus russischem Zobel können für Zehn- oder sogar Hunderttausende Euro verkauft. Laut Sojuzpushnina, Russlands einzigem internationalen Pelzauktionshaus, zählen griechische und italienische Unternehmen neben chinesischen und russischen Käufern weiterhin zu den führenden internationalen Abnehmern.

[EU agrees to watered-down Russia sanctions amid Greek resistance | Euractiv](#)

[Media: EU may soften proposed entry ban on participants in Russia's war against Ukraine | European Pravda](#)

[Post-Orbán sanctions showdown exposes EU capitals' red lines – POLITICO](#)

[EU countries weigh fresh plan to salvage Russia sanctions package – POLITICO](#)

[Ukraine-Krieg: Wer das neue EU-Sanktionspaket gegen Russland verwässerte - DER SPIEGEL](#)

[EU gives Russian luxury fur a pass | Euractiv](#)

Financial Times: Brüssel diskutiert über Aufgabe des Paket-Ansatzes zugunsten kleinerer Sanktionsmaßnahmen

Brüssel erwägt laut der Financial Times einen neuen Ansatz bei den Sanktionen gegen Russland, nachdem Griechenland ein umfangreiches Paket von EU-Maßnahmen zum Schutz eines Schifffahrtsmagnaten blockiert hatte. Europäische Entscheidungsträger prüfen derzeit Möglichkeiten, anstelle von großen Sanktionspaketen auf kleinere, flexiblere Sanktionen zu setzen. Athen forderte wochenlang eine Ausnahmegenehmigung für Schiffe der Reederei Dynagas, damit diese weiterhin lukratives russisches Flüssigerdgas (LNG) transportieren können, und blockierte damit die Verabschiedung des 21. Sanktionspakets.

Eine Idee, die sowohl innerhalb der Europäischen Kommission als auch unter den am stärksten pro-ukrainisch eingestellten Mitgliedstaaten an Boden gewinnt, besteht darin, Sanktionen einzeln oder in kleinen thematischen Paketen zu vereinbaren und umzusetzen, anstatt aus PR-Gründen auf große Sanktionspakete abzielen. Drei nicht genannte EU-Beamten erklärten gegenüber der Financial Times, dies würde das Risiko verringern, dass Maßnahmen aufgrund nationaler Vetos blockiert werden. „Dies könnte das letzte ‚Sanktionspaket‘ sein“, sagte einer der Informanten mit Bezug auf das wochenlang blockierte 21. Sanktionspaket. „Es ist nun ganz klar, dass dieser Ansatz nicht mehr funktioniert.“

Der Erfolg Griechenlands bei der Durchsetzung von Ausnahmeregelungen für LNG-Transporte, markiert das erste Mal, dass das gesamte Spektrum der wirtschaftlichen Sanktionen der EU gegen Russland geschwächt wurde, schreibt die FT. Die Vorgehensweise Athens hat im Wesentlichen andere Maßnahmen als Geiseln genommen. Mehrere an den Verhandlungen beteiligte EU-Diplomaten bezeichneten diese Taktik als „empörend“. „Ich möchte nicht mehr hören, dass jemand von ‚Solidarität‘ spricht“, sagte einer von ihnen. Griechische Regierungsvertreter erklärten, das LNG-Transportverbot sei irrtümlich vereinbart worden, würde eher Dynagas als die russische Wirtschaft schädigen und konkurrierenden Reedern aus China oder anderen Nicht-EU-Ländern zugutekommen.

Befürworter der neuen Vorgehensweise argumentieren, dass wirkungsvolle und effektive Maßnahmen vom Rat der EU-Mitgliedstaaten rasch verabschiedet werden könnten, ohne den großen Aufwand und die öffentliche Aufmerksamkeit, die der „Paket“-Ansatz mit sich bringt. Einzelne Einwände würden andere Sanktionen nicht behindern oder verzögern.

EU-Sanktionen gegen russische Cyberkriminelle und den Konzern VK

Die EU und Großbritannien haben am 13. Juli wegen einer Reihe von Cyberangriffen miteinander abgestimmte neue Sanktionen gegen Russland verhängt. Die EU setzte neun Menschen und vier Einrichtungen auf ihre Sanktionsliste, Großbritannien 24 Personen und Einrichtungen. Betroffen sind unter anderem hochrangige Mitarbeiter des russischen Militärsgeheimdienstes GRU und mutmaßliche Cyberkriminelle, die mit staatlichen Stellen zusammenarbeiten. In Berlin bestellte das Auswärtige Amt den russischen Botschafter wegen der Cyberangriffe ein.

Nach Angaben aus Brüssel und London handelt es sich um das erste gemeinsame Sanktionspaket von EU und Großbritannien speziell wegen Cyberangriffen. Die Maßnahmen umfassen Vermögenssperren und Einreiseverbote. Unter den Betroffenen ist auch eine Gruppe, die sich zu Destabilisierungsaktionen gegen die Olympischen Spiele 2024 in Paris bekannt hatte.

Erstmals machten EU und Großbritannien gemeinsam das 16. Zentrum des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB für einen versuchten Angriff auf wichtige Infrastruktur in Polen verantwortlich. Der unter anderem gegen das polnische Stromnetz gerichtete Angriff sei gescheitert, hätte nach britischen Angaben aber mitten im Winter bis zu 500.000 Menschen von der Stromversorgung abschneiden können.

Die Europäische Union verhängte zudem Sanktionen gegen den russischen Technologieriesen VK wegen dessen Rolle bei der Entwicklung der vom Kreml unterstützten Messaging-App „Max“, die laut Kritikern zum Zweck der Massenüberwachung und Zensur geschaffen wurde. Dies berichtet die Moscow Times.

„Die Entwicklung der Max-Anwendung wurde vom Föderalen Sicherheitsdienst (FSB) überwacht“, erklärte die EU in ihrer offiziellen Sanktionsbegründung. Brüssel berief sich auf Expertenmeinungen, wonach „Max“, das auf allen in Russland verkauften Smartphones und Geräten vorinstalliert ist, über „umfangreiche“ Überwachungsfunktionen zur Überwachung der Kommunikation verfügt. „Die Einführung und Förderung der App ‚Max‘ durch den russischen Staat ging mit einem harten Vorgehen gegen andere unabhängige Apps und deren Sperrung einher“, fügte die EU in ihrer Sanktionsbegründung hinzu und verwies dabei auf Einschränkungen für Telegram und WhatsApp. „Daher leistet VK technische Unterstützung bei der Unterdrückung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Opposition, unter anderem durch die Unterstützung und Erleichterung solcher Handlungen“, hieß es weiter.

Nach EU-Angaben richtet sich die seit Jahren laufende russische Kampagne aus Cyberangriffen auch gegen Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Österreich,

Finnland, Rumänien, die Slowakei und Zypern. Das Auswärtige Amt in Berlin bestellte deswegen den russischen Botschafter Sergej Netschajew ein. Cyberangriffe gegen Deutschland, Partner in der EU und die Ukraine seien "inakzeptabel" und würden „entschlossen“ beantwortet, erklärte das Ministerium.

[Auswärtiges Amt bestellt russischen Botschafter ein - DER SPIEGEL](#)

[Desinformation und Sabotage: EU und London sanktionieren russische Cyber-Angreifer - n-tv.de](#)

[EU Sanctions VK for Developing Messenger App Max - The Moscow Times](#)

Neues Sanktionsregime nimmt Schleuser und Menschenhändler ins Visier

Die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik verstärken mit einem Sanktionsregime den Kampf gegen Schleuserkriminalität, Menschenhandel und andere schwere Formen der organisierten Kriminalität. „Heute stellen wir eine neue Sanktionsregelung gegen Schleuser und Menschenhändler vor. Wir alle haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen sie aus dem Geschäft drängen und das Leben Tausender Menschen retten, die von einem besseren Leben träumen.“ So wird Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einer Pressemitteilung der EU zitiert. „Wir in Europa müssen selbst entscheiden, wer zu uns kommt und unter welchen Umständen.“

Das neue Sanktionsregime soll sich auf illegale Aktivitäten beziehen, die ihren Ursprung außerhalb der Union haben. Es geht dabei um Schleuserkriminalität, Menschenhandel, den Handel mit illegalen Drogen, die illegale Herstellung und den illegalen Handel mit Schusswaffen sowie Geldwäsche. Sanktionieren möchte die EU Personen und Organisationen, die an diesen Aktivitäten beteiligt sind. Die restriktiven Maßnahmen umfassen das Einfrieren von Vermögenswerten und das Verbot, gelisteten Personen oder Organisationen Gelder oder andere wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Der Vorschlag beinhaltet auch Reiseverbote, um die Einreise gelisteter Personen in EU-Mitgliedstaaten oder deren Durchreise durch diese Länder zu verhindern.

Von der Leyen hatte die Initiative für ein neues Sanktionsregime bereits 2025 angekündigt. Ziel ist es, das Geschäftsmodell der Schleuser zu stören, ihre Bewegungen einzuschränken und ihre Gewinne zu kappen.

[Neues Sanktionsregime nimmt Schleuser und Menschenhändler ins Visier - Vertretung in Deutschland](#)

EU sanktioniert Kunstbiennale wegen russischer Beteiligung

Die Europäische Union stellt die Förderung der Kunstbiennale von Venedig wegen der umstrittenen Teilnahme Russlands ein, dies meldet die Tagesschau. Die Europäische

Exekutivagentur für Bildung und Kultur (EACEA) habe nach der rechtlichen Bewertung und Empfehlung der EU-Kommission beschlossen, den laufenden, mit zwei Millionen Euro dotierten Zuschuss an die Fondazione La Biennale di Venezia zu beenden, teilte ein Kommissionssprecher in Brüssel mit. „Kulturvorhaben, die mit europäischen Steuergeldern finanziert werden, sollten demokratische Werte wahren sowie offenen Dialog, Vielfalt und Meinungsfreiheit fördern - Werte, die im heutigen Russland nicht geachtet werden“, erläuterte der Sprecher.

Die Kunstbiennale in Venedig zählt zu den wichtigsten internationalen Ausstellungen zeitgenössischer Kunst. In diesem Jahr startete sie am 9. Mai und findet noch bis 22. November statt. Russland nimmt erstmals seit Beginn seiner Vollinvasion in der Ukraine im Februar 2022 an der Kunstbiennale teil. Rund 50 vom russischen Staat handverlesene Künstler, unter ihnen Musiker, Dichter und Philosophen, arbeiteten an dem Musik- und Performanceprojekt „Der Baum ist im Himmel verwurzelt“ mit.

Zwar bleibt der Pavillon, der Eigentum des russischen Staates ist, für ein breites Publikum geschlossen, Besucher sehen aber draußen die Installation auf einem großen Bildschirm. Das sei von Anfang an so geplant gewesen, sagte die Kuratorin Anastassija Karnejewa. Ihr wird von der ukrainischen Regierung vorgeworfen, Kontakte zur russischen Rüstungsindustrie zu haben.

[EU sperrt Kunstbiennale in Venedig wegen Teilnahme Russlands Gelder | tagesschau.de](#)

Lettland sanktioniert weitere Produkte aus Russland

Das lettische Parlament, die Saeima verbietet die Einfuhr einer Reihe von in Russland und Belarus hergestellten Waren, wie die Nachrichtenagentur Delfi berichtete. Die Abgeordneten verabschiedeten die Änderungen in der Schlusslesung am 23. Juli. Die Regierung muss die vollständige Liste der von den Beschränkungen betroffenen Waren noch genehmigen, doch diese könnte Bücher und Zeitschriften in russischer Sprache, Videospiele, Sportartikel, Spielzeug, Bekleidung und Schuhe umfassen.

Das Verbot gilt nicht nur für Direktimporte, sondern auch für Waren, die über Drittländer umgeleitet werden. Lettland wird weiterhin den Transit von in Russland und Belarus hergestellten Waren durch sein Hoheitsgebiet in andere EU-Länder zulassen. Die lettische Außenministerin Baiba Braže erklärte, Russland nutze Bücher und Zeitschriften zu Propagandazwecken und betonte, dass die betroffenen Waren durch Produkte aus anderen Ländern ersetzt werden können.

[Latvia bans import of books, clothing, and toys made in Russia and Belarus — Meduza](#)

Rekordimporte an russischem LNG

Die EU-Einkäufe von Yamal LNG, das vom russischen Privatunternehmen Novatek kontrolliert wird, erreichten in den ersten sechs Monaten des Jahres einen Rekordwert von 9,89 Millionen Tonnen – 18 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, wie

aus Daten des Analyseunternehmens Kpler hervorgeht. Die Zahlen unterstreichen die entscheidende Rolle, die die EU nach wie vor dabei spielt, Russlands wichtigstes Energieprojekt am Laufen zu halten, während sich Moskaus Krieg gegen die Ukraine bereits ins fünfte Jahr hinzieht, kritisiert die Financial Times.

Nach Schätzungen der Nichtregierungsorganisation Urgewald könnte Europa für diese Lieferungen bis zu 6 Mrd. Euro gezahlt haben. Die wichtigsten europäischen Abnehmer waren Frankreich, Belgien und Spanien, die im ersten Halbjahr 2026 laut den Kpler-Daten jeweils 3,6 Mio., 2,9 Mio. und 2,7 Mio. Tonnen aus Yamal importierten.

EU-Vorschriften verbieten bereits den Kauf von russischem LNG im Rahmen von Kurzzeitverträgen, was bedeutet, dass für jede für Europa bestimmte Yamal-Ladung eine Bestätigung der Zollbehörde des Importlandes erforderlich ist, dass der Verkauf im Rahmen eines Langzeitvertrags erfolgte. Ab dem 1. Januar 2027 tritt ein EU-Verbot für langfristige Importe von russischem LNG in Kraft.

EU gewährt georgischer Raffinerie Übergangsfrist

Im georgischen Schwarzmeerhafen Kulevi steht seit wenigen Monaten eine Raffinerie, die russisches Rohöl zu Benzin, Diesel und anderen Kraftstoffen verarbeitet. Mindestens eine Ladung daraus gelangte bereits in die Europäische Union. „Die Anlage wurde eigens dafür gebaut, um die europäischen Sanktionen zu umgehen“, sagt ein EU-Diplomat. Die EU hat nun reagiert und die Raffinerie im neuen, 21. Sanktionspaket gelistet. Auf Betreiben von Bulgarien und Italien wurde ihr jedoch eine sechsmonatige Übergangsfrist zugebilligt (siehe oben).

Die Raffinerie in Kulevi nahm im Oktober 2025 den Betrieb auf. Sie ist die erste Ölraffinerie Georgiens und kann zunächst rund 1,2 Millionen Tonnen Rohöl pro Jahr verarbeiten, umgerechnet etwa 24.000 Barrel am Tag. Bis 2028 soll die Kapazität auf vier Millionen Tonnen steigen. Die erste Lieferung Rohöl für die Inbetriebnahme brachte der Tanker „Kayseri“ aus Noworossiysk in Russland: mehr als 105.000 Tonnen der russischen Ölsorte Siberian Light, vom russischen Unternehmen Russneft. Dies berichtet das Handelsblatt.

Auch danach habe die Raffinerie nach Angaben des Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA) ausschließlich russisches Rohöl verarbeitet. Trotz europäischer Sanktionen, die den Import russischer Ölprodukte in die EU verbieten, liefere die Raffinerie ihre Produkte in die EU, so die Experten des CREA.

Mindestens eine Lieferung lässt sich konkret nachverfolgen: Am 1. März traf im bulgarischen Burgas eine Ladung Gasöl ein, die nach Angaben der Forschungsorganisation in Kulevi aus russischem Rohöl hergestellt wurde.

Das Verhältnis zwischen Brüssel und der georgischen Regierung ist auf einem Tiefpunkt, seitdem die Regierungspartei „Georgischer Traum“ die proeuropäischen Proteste im Land unterdrückt und einen russlandfreundlichen Kurs eingeschlagen hat. Rom und Sofia

wollten die Konfrontation mit Tiflis jedoch nicht weiter verschärfen und erreichten die erwähnte Übergangsregelung. Die Betreiberfirma der Raffinerie hat bereits angekündigt, ab August oder September kein russisches Rohöl mehr verarbeiten zu wollen. Stattdessen wolle sie künftig Öl unter anderem aus Kasachstan und Turkmenistan beziehen.

Ringens um russisches Aluminiumwerk in Irland

Im Streit um das russisch kontrollierte Aughinish-Aluminiumoxidwerk im irischen County Limerick hat die irische Regierung die EU aufgefordert, bei möglichen Sanktionen auch die Bedeutung der Anlage für die europäische Rohstoffversorgung zu berücksichtigen, dies berichtet die Financial Times. Der irische Vizepremier und Finanzminister Simon Harris betonte demnach, die Zukunft des Werks sei nicht nur eine irische, sondern vor allem eine europäische Frage.

Hintergrund sind Vorwürfe, dass in Aughinish produziertes Aluminiumoxid über Zwischenhändler nach Russland gelangt und dort möglicherweise in der Rüstungsindustrie verwendet wird. Eine irische Untersuchung fand bislang keine eindeutigen Beweise für eine direkte Nutzung in der Waffenproduktion, konnte eine solche Verwendung jedoch auch nicht ausschließen. Die Ergebnisse sollen nun an die Europäische Kommission übermittelt werden, die über mögliche weitere Maßnahmen entscheiden wird.

Die Debatte gewinnt an Bedeutung, weil Aughinish die größte Aluminiumoxidraffinerie Europas ist und nach eigenen Angaben rund 37 Prozent des in der EU benötigten Aluminiumoxids für Schmelzhütten liefert. Das Werk versorgt unter anderem große Aluminiumproduzenten in Frankreich und Schweden und gilt als wichtiger Baustein für die europäischen Rohstoff- und Industrieziele.

Während die Ukraine und einige EU-Mitgliedstaaten Sanktionen gegen Unternehmen fordern, die Russland weiterhin mit wichtigen Materialien versorgen, war Aluminiumoxid nicht Teil des jüngst verabschiedeten 21. EU-Sanktionspakets. Die irische Regierung unterstützt grundsätzlich harte Sanktionen gegen Russland, warnt jedoch vor Maßnahmen, die der europäischen Industrie stärker schaden könnten als Russland selbst. Zudem gibt es Sorgen um die rund 900 Arbeitsplätze am Standort. Harris schloss allerdings für den Fall von Sanktionen alternative Lösungen für das Werk nicht aus und erklärte, verschiedene Optionen sollten geprüft werden.

4. Russland

Indien und Belarus beliefern Russland mit Kraftstoff

Russland wird nach Informationen der Financial Times (FT) Kraftstofflieferungen aus Indien erhalten, da Moskau gezwungen ist, Benzin zu importieren, nachdem ukrainische Drohnenangriffe Teile seiner wichtigsten Raffinerien zerstört haben. Die Lieferung unterstreiche das Ausmaß der Kraftstoffknappheit in Russland, nachdem die Angriffe die inländischen Raffineriekapazitäten um etwa 40 Prozent reduziert haben.

In verschiedenen Regionen Russlands wurden nach Angaben der FT im Juli Beschränkungen für den Benzinverkauf pro Person eingeführt, nachdem die Angriffe aus Kiew die schlimmste Kraftstoffkrise seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ausgelöst hatten. In einigen Gebieten mussten die Menschen stunden- oder tagelang in der Schlange stehen, um an Kraftstoff zu kommen; nach einer Schätzung der „Financial Times“ sind rund 50 Millionen Russen von der Krise betroffen.

Reuters berichtete Anfang Juli, dass mindestens 60.000 Tonnen Benzin aus Indien nach Russland geliefert worden seien, was etwa 60 Prozent des täglichen Verbrauchs des Landes entspricht. Weitere Lieferungen aus Indien seien angekündigt, jedoch nicht die einzige Quelle für ausländischen Kraftstoff, auf die Russland derzeit zurückgreife.

Belarus, das hauptsächlich russisches Rohöl raffiniert, hat nach Informationen der FT ebenfalls seine Benzinverkäufe an Moskau deutlich gesteigert. Im Juni verkaufte das Land 184.000 Tonnen an Russland – eine Verdreifachung gegenüber dem Vormonat und eine 184-fache Steigerung gegenüber dem Vorjahresmonat, wie aus Daten des in Russland ansässigen „Price Benchmark Centre“ hervorgeht, die der „FT“ zur Verfügung gestellt wurden.

Kasachstan errichtet Kontrollpunkte gegen Kraftstoffschmuggel nach Russland

Das kasachische Innenministerium hat 59 Polizeikontrollpunkte in der Nähe von Grenzübergängen für Fahrzeuge eingerichtet, um den Schmuggel von Kraftstoff aus dem Land zu unterbinden, teilte das Ministerium auf seiner Website mit. Alle Fahrzeuge, die die Grenze überqueren, werden nun auf zusätzliche Kraftstoffbehälter überprüft.

Seit Jahresbeginn hat die örtliche Polizei 255 Fälle registriert, in denen Fahrzeuge mit illegalen Zusatztanks unterwegs waren. Dies berichtet das oppositionelle russische Online-Portal Meduza. Von den Tätern waren 195 Ausländer, die alle mit Ordnungsstrafen belegt wurden. Die Zusatztanks wurden aus den Fahrzeugen entfernt. Anfang Juli hatten die kasachischen Behörden mitgeteilt, dass sie allein innerhalb von zwei Tagen 61 Versuche vereitelt hätten, Kraftstoff in Zusatztanks und Kanistern über die Grenze zu schmuggeln. Seit Juni gelten Einreisebeschränkungen für Fahrzeuge aus „Nachbarstaaten“, wodurch Autofahrer auf einen Grenzübertritt pro Tag beschränkt sind.

In den vergangenen Monaten haben ukrainische Drohnen regelmäßig große Ölraffinerien in ganz Russland angegriffen und damit eine Kraftstoffkrise ausgelöst, von der laut der Financial Times bereits rund 50 Millionen Menschen direkt betroffen sind. Die russischen Behörden versuchen, Kraftstofflieferungen aus anderen Ländern auszuhandeln, doch viele Regionen haben Beschränkungen für den Benzinverkauf verhängt, sodass die Menschen stundenlang an Tankstellen Schlange stehen müssen.

Die Benzinknappheit hat die Bewohner von Grenzregionen zudem dazu veranlasst, den sogenannten „Kraftstofftourismus“ zu betreiben und nach Kasachstan zu fahren, um dort ihre Autos vollzutanken.

[Kazakhstan sets up 59 checkpoints to stop fuel smuggling as Russia's shortage crosses the border — Meduza](#)

Russlands Seilschaften im Südkaukasus begünstigen Sanktionsumgehung

Russland kommt über Netzwerke im südlichen Kaukasus trotz westlicher Sanktionen weiterhin an strategisch wichtige Güter. Dies hat die Plattform Open Caucasus in einer investigativen Recherche ermittelt. Ein Beispiel ist ein Schmuggelnetzwerk für Starlink-Geräte, dessen mutmaßlicher Organisator in Lettland verurteilt worden sei. Nach Angaben des lettischen Staatssicherheitsdienstes war Ali Khalilov, ein in Riga lebender aserbaidzhanischer Staatsbürger, der Hauptorganisator des Schmuggelrings. Der Fall verdeutliche, dass Russland im vierten Jahr seines Krieges gegen die Ukraine weiterhin auf komplexe Beschaffungswege über Drittstaaten zurückgreift.

Experten zufolge profitieren insbesondere Armenien und Georgien von bereits bestehenden Handelsstrukturen und wirtschaftlichen Spezialisierungen. Georgien diene unter anderem als Drehscheibe für den Reexport von Gebrauchtwagen und teilweise auch von Öl nach Russland, während Armenien eine wichtige Rolle beim Handel mit Gold und Schmuck übernommen habe. Diese Handelskanäle wurden nach Beginn der Sanktionen angepasst und teilweise zur Umgehung der Beschränkungen genutzt, heißt es in dem Beitrag von Open Caucasus Media.

Als wesentliche Ursachen gelten die geografische Lage der Region, enge wirtschaftliche und familiäre Verbindungen zu Russland sowie gut etablierte Handels- und Diaspora-Netzwerke. Zudem erleichterten gemeinsame Grenzen, ausgebaute Transitwege und teilweise schwache Kontrollmechanismen den Transport sanktionierter Waren. Studien wiesen darauf hin, dass Handelsströme häufig durch falsche Herkunftsangaben, manipulierte Warenwerte oder intransparente Lieferketten verschleiert werden. Laut den Experten stützen sich die Netzwerke auf Anwälte, Treuhänder, Logistikunternehmen, Banker und Briefkastenfirmen, die den Warenfluss und die finanziellen Transaktionen organisieren und verschleiern.

Einige Fachleute sehen zudem politische und wirtschaftliche Verbindungen zwischen georgischen Akteuren und russischen Eliten als möglichen Faktor für die Umgehung von Sanktionen. Gleichzeitig warnen andere Experten davor, einzelne Länder oder Personen allein verantwortlich zu machen. Sie betonen, dass die Umgehung von Sanktionen oft auf

einem Zusammenspiel aus geographischen Gegebenheiten, unzureichender staatlicher Kontrolle, internationalen Geschäftsbeziehungen und professionellen Unterstützern wie Anwälten, Logistikunternehmen, Treuhändern und Finanzdienstleistern beruht.

Ob einzelne Händler opportunistisch handeln oder Teil größerer Strukturen sind, lässt sich laut den Experten nicht immer klar unterscheiden. Viele Akteure hätten die neuen Handelsmöglichkeiten als wirtschaftliche Chance erkannt, während zugleich russische Unternehmen und staatliche Stellen gezielt Wege suchten, Sanktionen zu umgehen.

Insgesamt kommt die Analyse zu dem Schluss, dass die Umgehung westlicher Sanktionen über den Südkaukasus nicht auf vereinzelte Schmuggler zurückzuführen ist, sondern auf weit verzweigte Netzwerke, die von bestehenden Wirtschaftsbeziehungen, regionalen Besonderheiten und institutionellen Schwächen profitieren und so die russische Kriegswirtschaft unterstützen.

[The South Caucasus route: how sanctioned goods still reach Russia](#)

Euroclear scheitert vor russischem Gericht

Ein Moskauer Berufungsgericht hat einen Antrag der belgischen Wertpapierverwahrstelle Euroclear zurückgewiesen, wie laut Meduza die staatliche russische Nachrichtenagentur TASS berichtete. Ein Sprecher von Euroclear erklärte, dass ein Urteil, das das Unternehmen in einem von der russischen Zentralbank angestregten Verfahren zur Zahlung von 18,17 Billionen Rubel verpflichtete, weiterhin in Kraft bleibe.

Die russische Zentralbank hatte Euroclear im Dezember 2025 verklagt und der Wertpapierverwahrstelle – die den Großteil der seit Beginn des umfassenden Krieges eingefrorenen russischen Vermögenswerte verwahrt – „rechtswidrige Handlungen“ vorgeworfen. Das erstinstanzliche Gericht, das Moskauer Schiedsgericht, gab der Klage im Mai 2026 in vollem Umfang statt.

Euroclear kündigte an, Berufung einzulegen. Die Verwahrstelle erklärte zudem, die eingefrorenen Vermögenswerte blieben im Rahmen internationaler Sanktionen weiterhin gesperrt, und bezeichnete die Klage der Zentralbank als „unbegründet“. Russische Vermögenswerte im Ausland in Höhe von insgesamt 260 Milliarden Euro wurden nach Beginn der großangelegten Invasion Russlands in der Ukraine eingefroren. Der größte Teil dieser Summe – rund 190 Milliarden Euro – wird auf Konten bei Euroclear gehalten.

Im Dezember 2025 forderte die Europäische Union die russischen Vermögenswerte in Europa auf unbestimmte Zeit ein – bis Russland den Krieg beendet und die Ukraine für die von ihm verursachten Schäden entschädigt. Zuvor hatte die EU das Einfrieren der Vermögenswerte alle sechs Monate verlängert.

[Moscow appeals court upholds 18.17-trillion-ruble order against Euroclear, the Belgian depository holding €190 billion of Russia's frozen funds — Meduza](#)

Spekulationen um Bill Grahams plötzlichen Tod und Zukunft seines Sanktionspakets

Ein überarbeiteter Sanktionsentwurf, an dem der Anfang Juli völlig überraschend verstorbene republikanische Senator Lindsey Graham mitgewirkt hatte, würde den US-Präsidenten ermächtigen, Zölle von bis zu 100 Prozent gegen die fünf größten Abnehmer von russischem Öl und Erdgas – allen voran China und Indien – zu verhängen. Dies berichtete am 15. Juli das Portal Meduza unter Berufung auf das Wall Street Journal.

Graham, der am Wochenende kurz nach der Rückkehr von einem Besuch in der Ukraine überraschend verstarb, arbeitete seit Monaten an dem Entwurf. Er gehörte zu den wichtigsten Unterstützern Kiews im Senat. Das Gesetz sieht unter anderem eine Bestrafung von Staaten vor, die russisches Gas und Öl abnehmen. Die Zölle könnten sowohl Länder treffen, die russische Energie importieren, als auch Privatpersonen treffen, die zur Versorgung mit russischer Energie beitragen.

Der am 14. Juli veröffentlichte überarbeitete Wortlaut des Sanktionsgesetzes schränkt Trumps Möglichkeiten ein, sich einer Verhängung von Sanktionen gegen Russland zu entziehen, und fordert Trump auf, russische Spediteure und Anbieter sensibler Militärtechnologie – wie beispielsweise Sensoren und Werkzeugmaschinen – namentlich zu benennen und mit Sanktionen zu belegen. Allerdings räumt er Trump auch einen großen Ermessensspielraum ein, von der Anwendung etwaiger Sanktionen oder Beschränkungen abzusehen. Die Entscheidung über deren Verhängung läge allein beim Präsidenten.

Laut Reuters sind die fünf größten Abnehmer von russischem Öl China, Indien, die Slowakei, Ungarn und Aserbaidschan; bei Erdgas sind es China, Frankreich, Japan, Ungarn und Belgien. Der überarbeitete Gesetzentwurf sieht eine Ausnahmeregelung für Länder vor, die weniger als 15 Prozent ihres Erdgasverbrauchs aus Russland beziehen und erhebliche Maßnahmen zur Reduzierung dieser Importe ergreifen – eine Ausnahmeregelung, die Japan, Frankreich, Ungarn und Belgien vor den Zöllen schützen könnte.

Der Gesetzentwurf sieht zudem Sanktionen gegen russische Verteidigungs-, Energie- und Finanzorganisationen sowie gegen die russische Schattenflotte sowie neue Waffenlieferungen und weitere Unterstützung für die Ukraine vor. Bei einer Anhörung vor dem Kongress am 3. Juni gab US-Außenminister Marco Rubio bekannt, dass die Trump-Regierung derzeit ein neues Militärhilfepaket in Höhe von 400 Millionen US-Dollar für die Ukraine fertigstelle. Diese Äußerungen hochrangiger Vertreter der Trump-Regierung deuten darauf hin, dass das Weiße Haus angesichts der seit Februar 2022 andauernden großangelegten Invasion Russlands möglicherweise seine Haltung hinsichtlich der Hilfe für die Ukraine überdenkt, spekuliert die Kyjiw Post. Wie sich dies jedoch auf das „Ukraine Support Act“ auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Die Agentur Reuters bezeichnet die neue Fassung des Sanktionsgesetzes als „abgeschwächt“. Die ursprüngliche Fassung, die im April 2025 eingebracht wurde, hätte Zölle in Höhe von 500 Prozent auf US-Importe aus Ländern vorgesehen, die russisches Öl

und Gas beziehen. Einflussreiche Senatoren beider Parteien teilten mit, sich nun mit der US-Regierung auf neue Sanktionen gegen Russland verständigt zu haben. Ehe ein Sanktionspaket in Kraft treten kann, muss ein gleichlautendes Gesetz aber auch vom Repräsentantenhaus bestätigt werden.

Für die Ukraine ist der Tod Grahams ein herber Verlust. Auch deshalb gibt es Spekulationen über eine russische Beteiligung am Ableben des 71-Jährigen am 11. Juli. Als offizielle Todesursache wurde ein Riss in der Hauptschlagader (Aortendissektion) infolge einer Herzerkrankung festgestellt. Das FBI erklärte sich bereit zu weiteren Untersuchungen.

Laut einem Bericht der Kyiv Post habe eine Umfrage unter Demokraten und Republikanern eine überwältigende Mehrheit für neue US-Russland-Sanktionen ergeben. Präsident Trump hat Medienberichten zufolge signalisiert, das Gesetz mitzutragen. Sollte der Entwurf verabschiedet werden, wäre dies das erste Mal, dass der Kongress Zölle als geopolitische Waffe genehmigt. Bisher wurden sie zur Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken eingesetzt, so die vom „Wall Street Journal“ befragten Analysten.

Dennoch fürchten Beobachter in Kyjiw um das weitere Schicksal von Grahams Sanktionspaket. Zumal Trump es laut einem Bericht des Spiegel mit dem laufenden Iran-Konflikt verbinden möchte. Trump forderte demnach seine republikanische Partei auf, den Iran in das geplante Sanktionspaket gegen Russland aufzunehmen. „WICHTIG!!!“, schrieb Trump in Großbuchstaben hinter seine Forderung, die er auf der Plattform Truth Social postete. „Das wollte Lindsey tun“, ergänzte der Präsident. „Selbst wenn das Weiße Haus harte Sanktionen unterstützt und der Senat dafür stimmt, kann Trump die Unterzeichnung hinauszögern, insbesondere wenn der Iran einbezogen wird“, sagte eine der ukrainischen Regierung nahestehende Person gegenüber Politico. „Dann könnte er die Sanktionen einfach nicht verhängen, da sie ihm lediglich die Erlaubnis dazu erteilen, ihn aber nicht dazu verpflichten, tatsächlich Sanktionen zu verhängen.“

Am 22. Juli berichtete CNN von wachsendem Gegenwind gegen den Gesetzentwurf. Demnach äußerten einige Demokraten Bedenken, dass dieser Präsident Donald Trump zu viel Macht einräumen könnte. Da bis zu den Zwischenwahlen nur noch wenig Zeit in der Sitzungsperiode verbleibt und dringende Themen wie die Finanzierung der Regierung noch auf der Tagesordnung stehen, könnte jeder Senator, der versucht, die Verabschiedung des Gesetzentwurfs zu verzögern, verhindern, dass dieser überhaupt zur Abstimmung gelangt, kommentiert CNN.

Der republikanische Senator John Kennedy erklärte gegenüber CNN, er befürchte, dass der Senat die letzten zwei Wochen vor der Sommerpause mit einem Gesetzentwurf zur Finanzierung der Regierung verbringen werde, der scheitern könnte, und dadurch die Gelegenheit verpassen werde, in dieser Zeit andere Gesetze zu verabschieden.

[WSJ: Lindsey Graham's Russia 'sanctions' bill is really a tariffs bill, and some Democrats fear it hands Trump a trade weapon, not a blow to Moscow — Meduza](#)

[Ukraine and its allies hope Graham isn't their last friend with Trump's ear - POLITICO](#)

[Plötzlicher Tod von Lindsey Graham: Forderung nach Obduktion wird lauter](#)

[Trump will Iran in Russland-Sanktionspaket aufnehmen lassen - DER SPIEGEL](#)

[Analysis: Sanctioning Russia is Popular in America](#)

[House Passes New Ukraine Aid Bill, Setting Up Senate Showdown](#)

[Russia sanctions bill faces hurdles in Senate despite renewed push after Graham's death | CNN Politics](#)

Weitere Übergangsfrist für NIS

Anfang Juli verlängerten die Vereinigten Staaten die Lizenz, die es dem serbischen Ölkonzern NIS ermöglicht, seinen Betrieb fortzusetzen, um einen weiteren Monat und verschoben damit erneut die Durchsetzung von Sanktionen, die sich aus der russischen Eigentümerschaft des Unternehmens ergeben.

Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums verlängerte zudem die Frist für das ungarische Unternehmen MOL zur Aushandlung des Erwerbs einer Mehrheitsbeteiligung an NIS von den russischen Unternehmen Gazprom Neft und Intelligence bis Ende Juli. Dies war bereits die siebte Fristverlängerung seit Jahresbeginn, als MOL bekannt gab, eine Rahmenvereinbarung mit Gazprom Neft über den Erwerb dessen Anteils von 56,15 Prozent geschlossen zu haben, wie Balkan Insight berichtet. Sechs Monate später sei die serbische Öffentlichkeit nach wie vor im Unklaren über das Schicksal eines der größten Energieunternehmen des Landes.

Die mangelnde Transparenz, die langwierigen Verhandlungen und die Entscheidung Moskaus, den Verkauf zu verhandeln, ohne zuvor Serbien, den Minderheitsaktionär von NIS, einzubeziehen, hätten bei einigen Analysten zu Spekulationen geführt, dass Gazprom auf Zeit spielt oder schlichtweg gar nicht die Absicht hat, seine Beteiligung abzugeben.

[Russia's Long Goodbye: What's Behind the Delayed Sale of Serbia's NIS? | Balkan Insight](#)

Großbritannien

Großbritannien und EU verhängen neue Sanktionen gegen russische Cybernetzwerke

Großbritannien hat gemeinsam mit der Europäischen Union am 13. Juli ein neues Sanktionspaket gegen russische Cyber- und Einflussnetzwerke vorgestellt. Die Maßnahmen richten sich gegen Personen, Organisationen und Unternehmen, die nach Auffassung Londons und Brüssels an Cyberangriffen, Spionageaktivitäten, Desinformation und hybriden Operationen im Auftrag des russischen Staates beteiligt sind. Es handelt sich um das erste koordinierte Sanktionspaket Großbritanniens und der EU im Cyberbereich.

Nach Angaben der britischen Regierung wurden insgesamt 24 Personen und Einrichtungen mit Sanktionen belegt. Betroffen sind Vertreter russischer Geheimdienste, Cyberkriminelle, Technologieunternehmen sowie Akteure, die an Desinformationskampagnen gegen die Ukraine und an Einflussoperationen in Europa beteiligt sein sollen. Im Mittelpunkt der Maßnahmen stehen Netzwerke, die mit russischen Nachrichtendiensten zusammenarbeiten. Die britische Regierung wirft Russland vor, zunehmend auf Cyberkriminelle und private Akteure zurückzugreifen, um staatliche Ziele zu verfolgen und gleichzeitig eine direkte Verantwortung zu verschleiern. Nach Darstellung Londons sammeln diese Netzwerke Informationen für russische Geheimdienste, unterstützen militärische Operationen und führen Angriffe auf kritische Infrastrukturen sowie staatliche und private Einrichtungen in Europa durch.

Zu den Sanktionierten gehören mehrere hochrangige Vertreter des russischen Militärsgeheimdienstes GRU. Genannt werden Wjatscheslaw Stafejew, Iwan Senin und Iwan Kasjanenko, denen Großbritannien eine führende Rolle bei der Planung und Steuerung russischer Cyber- und Hybridoperationen zuschreibt. Nach britischen Angaben arbeitete die Cyberabteilung der GRU-Einheit 29155 mit dem Unternehmen IMPULS zusammen, um Hacker und IT-Spezialisten an russischen Universitäten und technischen Akademien für entsprechende Aktivitäten zu rekrutieren.

Einen besonderen Schwerpunkt bildet zudem die gemeinsame Zuschreibung eines Angriffs auf das polnische Stromnetz an das FSB-Zentrum 16, eine Einheit des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB. Nach Angaben Großbritanniens und der EU scheiterte der Angriff zwar, hätte aber nach ihrer Einschätzung dazu führen können, dass bis zu 500.000 Menschen in Polen während der Wintermonate von der Stromversorgung abgeschnitten worden wären. Die britische Regierung bezeichnete dies als Beispiel für die zunehmende Ausweitung russischer Cyberaktivitäten gegen kritische Infrastruktur in Europa.

Ein weiterer Teil des Sanktionspakets richtet sich gegen Personen, die hinter der Schadsoftware „Lumma Stealer“ stehen. Die Software wird von Cyberkriminellen genutzt, um Zugangsdaten, Passwörter und andere sensible Informationen von infizierten Geräten zu stehlen. Nach britischen Geheimdienst- und Strafverfolgungsinformationen sollen die erbeuteten Daten auch von russischen Stellen für Cyberspionageoperationen verwendet

worden sein. Das Vereinigte Königreich erklärte, Russland habe gestohlene Zugangsdaten genutzt, um weltweit Ziele auszuspähen und Informationen zu beschaffen, die den außen- und sicherheitspolitischen Interessen des Kremls dienen.

Die britische National Crime Agency geht davon aus, dass allein in den vergangenen sechs Monaten mindestens 2.100 Personen und Organisationen im Vereinigten Königreich von Aktivitäten im Zusammenhang mit „Lumma Stealer“ betroffen waren. Die neuen Sanktionen sollen nach Angaben der Regierung dazu beitragen, die finanziellen und organisatorischen Strukturen hinter diesen Cybernetzwerken zu schwächen.

Neben Cyberkriminalität nehmen die Maßnahmen auch russische Einfluss- und Desinformationskampagnen ins Visier. Sanktionen wurden gegen zehn Personen aus dem Umfeld der Rybar LLC verhängt. Das Unternehmen gilt als eine der bekanntesten russischen Plattformen für militärnahe Informations- und Medieninhalte. Betroffen sind unter anderem Führungskräfte, Manager und Content-Designer des Unternehmens. London wirft Rybar vor, vom russischen Staat finanziert zu werden und gezielt Narrative über den Krieg in der Ukraine zu verbreiten. Darüber hinaus soll das Unternehmen an Einflussoperationen und Informationskampagnen in mehreren europäischen Staaten beteiligt gewesen sein. Genannt werden insbesondere Moldau und Armenien, wo Rybar nach britischen Angaben versucht haben soll, politische Prozesse und öffentliche Debatten zu beeinflussen.

Die britische Innenministerin Yvette Cooper erklärte, die Sanktionen zielten auf jene Netzwerke ab, die die russische Aggression unterstützten und im Auftrag des Staates operierten. Großbritannien und die Europäische Union wollten mit dem gemeinsamen Vorgehen deutlich machen, dass Russland für Aktivitäten von Stellvertretergruppen und kriminellen Netzwerken verantwortlich gemacht werde, wenn diese staatliche Interessen verfolgten.

Nach Angaben der Regierung in London hat das Vereinigte Königreich seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine Sanktionen gegen mehr als 3.400 Personen, Unternehmen und Organisationen verhängt. Dazu zählen Vertreter der russischen Regierung, Militärs, Unternehmer, Finanzinstitute sowie Unternehmen aus den Bereichen Verteidigung, Technologie und Energie.

[UK and EU strike Russian cyber networks with new sanctions - GOV.UK](#)

7. Blick über den Tellerrand

Kollateralschaden für die EU: Ukrainische Drohnenangriffe unterbrechen kasachische Öllieferungen

Mehrere, mutmaßlich ukrainische Drohnenangriffe auf Tanker nahe dem Schwarzmeer-Terminal des Caspian Pipeline Consortium (CPC) haben eine Debatte über die Sicherheit kasachischer Ölexporte ausgelöst. Betroffen waren Schiffe, die überwiegend in Kasachstan gefördertes Rohöl verluden. Trotz Bränden an Bord gab es keine Verletzten oder Ölverschmutzungen. Die Verladungen mussten jedoch zeitweise ausgesetzt werden. Dies berichtet die Times of Central Asia.

Kasachstan protestierte gegen die Vorfälle und bezeichnete sie als Eingriff in seine wirtschaftlichen Interessen sowie als Bedrohung des internationalen Handels. Astana betont, dass kasachisches Öl nicht mit Russlands Kriegswirtschaft gleichgesetzt werden dürfe, nur weil der wichtigste Exportweg über russisches Territorium und den Hafen Noworossijsk führt. Die Regierung behält sich vor, mögliche Schadenersatzansprüche auf Grundlage des Völkerrechts geltend zu machen.

Für Kasachstan steht viel auf dem Spiel. Rund 80 Prozent der Rohölexporte des Landes werden über die CPC-Pipeline Richtung russische Schwarzmeerküste abgewickelt. An den wichtigsten Förderprojekten und der Pipeline sind neben kasachischen und russischen Akteuren auch westliche Unternehmen wie Chevron, ExxonMobil, Shell und Eni beteiligt. Störungen treffen daher nicht nur Russland, sondern auch internationale Investoren, europäische Raffinerien und die kasachische Wirtschaft.

Die Bedeutung für Europa ist erheblich. Seit dem Rückgang der russischen Öllieferungen hat sich Kasachstan zu einem wichtigen Energielieferanten der EU entwickelt und deckte zuletzt knapp 13 Prozent der europäischen Rohölimporte. Wiederholte Unterbrechungen der Exporte könnten daher die europäische Energiesicherheit und die seit 2022 angestrebte Diversifizierung der Lieferketten gefährden.

In der Analyse der Times of Central-Asia heißt es, dass sowohl Russland als auch die Ukraine verpflichtet seien, zwischen militärischen Zielen und zivilem Handel zu unterscheiden. Kasachstan habe den russischen Angriffskrieg nicht unterstützt und erwarte daher, dass seine Exporte, Besatzungen und Handelspartner nicht zu Kollateralschäden des Konflikts werden. Um weitere Zwischenfälle zu vermeiden, fordert Astana mehr Transparenz, die Einhaltung bestehender Informationsmechanismen für zivile Schiffe und zusätzliche Schutzmaßnahmen für Tanker mit kasachischem Öl.

Der Sheskhari-Terminal im Schwarzmeerhafen Noworossijsk hat seit Mitte Juli keine Tanker mehr beladen, berichtete Bloomberg unter Berufung auf Schifffahrtsdaten, Satellitenbilder und Schiffsverfolgungsdienste. Russlands größter Ölexportterminal am Schwarzen Meer hat die Beladung von Tankern nach einer Zunahme ukrainischer Drohnenangriffe ausgesetzt, wodurch etwa ein Fünftel der Rohölexporte des Landes auf dem Seeweg beeinträchtigt wurde. Gleichzeitig gibt es auch Berichte, nach denen die ukrainischen Häfen rund um Odessa nach massiven russischen Angriffen nicht mehr von internationalen Schiffen angesteuert würde. Dies weckt Befürchtungen, wonach es zu

Unterbrechungen bei Ukrainischen Agrarexporten kommen wird, was insbesondere die Versorgung des globalen Südens mit Getreide erschweren würde.

[When the War Reaches Kazakh Oil - The Times Of Central Asia](#)

[Major Russian Black Sea Oil Terminal Halts Operations Amid Ukrainian Drone Threat - The Moscow Times](#)

8. Termine

**31. Juli: Online-Informationsveranstaltung der Ministerien zum
21. Sanktionspaket – Anmeldeschluss Mittwochmittag**

Traditionell laden das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, das Finanzministerium sowie zugeordnete Behörden Unternehmen nach Vorlage eines neuen EU-Sanktionspakets zu einer Aussprache ein. Die Gesprächsrunde zum 21. EU-Sanktionspaket gegen Russland findet bereits an diesem Freitag, den 31. Juli, von 11:00-12:00 Uhr statt. Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit Fragen zu stellen.

Bitte bestätigen Sie dem Auswärtigen Amt direkt Ihre Teilnahme per Mail an: EG23-S@auswaertiges-amt.de bis **Mittwoch, 29.7. 12:00 Uhr**, sofern Sie sich zuschalten möchten. Den Zugangslink erhalten Sie kurz vor der Online-Veranstaltung.

Save the Date:
21. September Webinar: „Russlandsanktionen gehen alle an – Vermeidung von Sanktionsumgehungen“, 10:00 – 11:45 Uhr

Die Verschärfung der EU-Sanktionen gegen Russland stellt Unternehmen vor komplexe Compliance-Anforderungen. Insbesondere die Verhinderung von Sanktionsumgehungen über Drittländer verstärkt in den Fokus von Behörden und Ermittlungsverfahren. In unserem Ost-Ausschuss-Webinar am 21. September, 10:00 – 11:45 Uhr, das wir in Kooperation mit der Kanzlei Graf von Westphalen durchführen, beleuchten Expertinnen und Experten aktuelle Entwicklungen, rechtliche Anforderungen und praxisnahe Fallbeispiele aus Zentralasien und China. Gemeinsam diskutieren wir, wie Unternehmen Sanktionsrisiken wirksam minimieren, interne Compliance-Prozesse stärken und sich rechtskonform im internationalen Geschäft aufstellen können.

Merken Sie sich bei Interesse den Termin bereits vor. Eine Einladung wird allen Mitgliedern des Ost-Ausschusses und allen Abonnenten des Ost-Ausschuss-Updates in Kürze zugehen.

9. Tipps & Links

Dieser Beitrag, den das Portal Meduza aus dem Wall Street Journal übernommen hat, beleuchtet das **russisch-chinesische Verhältnis** und die wachsenden Abhängigkeiten Moskaus von Peking. China baut laut der Analyse still und leise Beziehungen innerhalb Russlands auf, die weit über Putin hinausreichen, und pflege Kontakte zu Amtsträgern und Eliten, die das Land nach seinem Abgang prägen werden. Die antiwestliche Stimmung, so sagen einige Analysten, hat sich in der russischen Gesellschaft und den Institutionen so tief verwurzelt, dass sie den Mann, der sie geschürt hat, überdauern wird. [WSJ: The leader Xi Jinping once called his 'role model' is now Beijing's supplicant, and China is making Putin wait for the gas deal Moscow badly needs — Meduza](#)

Dieser Beitrag des oppositionellen russischen Investigativportals Meduza mit Bezug zur New York Times beschreibt, wie Russland an **japanische Technologie für seine Krieginstrie** gelangt. Die illegalen Lieferungen nutzen Umwege über Drittländer wie Vietnam, Usbekistan oder die Insel Sri Lanka im indischen Ozean. [NYT reveals how Russia gets Japanese technology into its weapons: a secret GRU unit, an Aeroflot cover job, and a cargo route through Sri Lanka — Meduza](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

BMW-Übersichtsseite zu Sanktionen mit vielen weiterführenden Links und Dokumenten:

[BMW - Sanktionen](#)

Weitere Hinweise zum Thema: [BMW - Schnellübersicht: Sanktionsdurchsetzung in Deutschland](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

[Bundesfinanzministerium - Umsetzung der Russland-Sanktionen – Kurzüberblick](#)

BAFA-Telefon-Hotline: Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

Fragen zu Ausfuhrvorhaben, zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zollltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zollltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter numerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

Rechtliche Grundsatzfragen, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: ru-embargo@bafa.bund.de.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-Sanktions-Helpdesk für KMU:

[EU Sanctions Helpdesk - European Union](#)

Pressemitteilung der EU-Kommission zum 21. Sanktionspaket:

[21st package of sanctions: EU hits Russian energy, financial services and crypto hard - Consilium](#)

Gesetzestexte zum 21. Sanktionspaket:

[Beschluss \(GASP\) 2026/1845 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

[Verordnung \(EU\) 2026/1844 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2026/1843 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Durchführung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

[Beschluss \(GASP\) 2026/1849 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Änderung des Beschlusses 2014/512/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[Verordnung \(EU\) 2026/1848 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[EU-Sanktionen gegen Russland: Erstmals trifft es den Kryptosektor direkt | heise online](#)

FAQ zum 21. Sanktionspaket:

[QANDA 26 1686 EN.pdf](#)

Sanktionen gegen Belarus vom 24. Juli 2026:

[Verordnung \(EU\) 2026/1846 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Änderung der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Durchführungsbeschluss \(GASP\) 2026/1816 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Durchführung des Beschlusses 2012/642/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2026/1817 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

Die aktuelle Version der Frequently Asked Questions zu EU-Sanktionen:

[Frequently asked questions - Sanctions against Russia - European Commission](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

[EU Sanctions Map](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

Aktuelle Liste der sanktionierten High-Priority Goods:
[List of common high priority items - European Commission](#)

Aktuelle Sanktionsliste der wirtschaftlich besonders kritischen Güter:
[List of economically critical goods - European Commission](#)

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](#)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](#)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](#)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Hintergrundwissen | Exportkreditgarantien \(Hermesdeckungen\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Ukraine

Ukrainisches Portal mit Recherchemöglichkeiten zu allen weltweit sanktionierten Unternehmen:

[The main portal about sponsors and supporters of the aggression](#)

Belarus

Belarus-Sanktionen Durchführungsbestimmungen zum 18. Sanktionspaket:

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1469 des Rates vom 18. Juli 2025 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen](#)

angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine

Eine konsolidierte Fassung der EU-Sanktionen gegen Belarus befindet sich hier:
[EU-Sanktionen gegen Belarus - Consilium](#)

Sanktions-Krisenhotline der AHK Belarus:

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

Spendenaufruf : Wärme für die Ukraine!

In einem Winter mit Temperaturen bis minus 30 Grad sehen sich die Menschen in der Ukraine unaufhörlichen Luftangriffen der russischen Armee auf ihre Wärme- und Stromversorgung ausgesetzt. Als Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft rufen wir Privatpersonen und Unternehmen dringend zur Unterstützung von Initiativen auf, um diese unbeschreibliche Not zu lindern:

Für Unternehmen:

Das Bundeswirtschaftsministerium hat eine Task Force zur Unterstützung der ukrainischen Energieversorgung eingerichtet. Gesucht wird dringend technische Ausrüstung wie etwa Transformatoren, Reparaturfahrzeuge, Schaltanlagen oder andere Anlagenkomponenten.

Senden Sie Ihre Spendenangebote entweder an die Task Force:

TF-Ukrainehilfe@bmwi.bund.de

oder an die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ:

helpenergyukraine@giz.de

Für alle Interessierten:

Über die Berliner Initiative „Ukraine2Power“ können Sie direkt für die Versorgung der Menschen in der Ukraine spenden:

[U2P – Ukraine to Power](#)

Für 80 Euro kann bereits ein Wärme- und Überlebenssets für Wohnungen bereitgestellt werden. Dieses besteht unter anderem aus einem Camping-Gaskocher für warme Getränke, einer elektrischen Heizdecke, Powerbanks und chemischen Handwärmern.

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Zielländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für die Inhalte externer Webseiten, auf die wir mittels Hyperlink verweisen, nicht verantwortlich. Zum Zeitpunkt der Verlinkung waren keine rechtswidrigen Inhalte erkennbar. Auf die aktuelle und zukünftige Gestaltung sowie die Inhalte der verlinkten Seiten haben wir keinen Einfluss. Wir machen uns die Inhalte nicht zu eigen.

Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte für eine Rechtsverletzungen nicht zumutbar.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



Pressekontakt

Andreas Metz | Leiter Public Affairs

A.Metz@oa-ev.de
T. +49 30 206167-120

www.ost-ausschuss.de

